

**CDU**

LIPPSTADT

Peter Cosack
FRAKTIONSVORSITZENDER**Markus Patzke**
STADTVERBANDSVORSITZENDER

10. November 2020

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz ist ein wichtiges Thema

Die jüngsten öffentlichen Kommentare und verschiedenen Diskussionen veranlassen uns, zur Bedeutung des Themas Umwelt- und Klimaschutz für die CDU Lippstadt, insbesondere aber für die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Lippstadt, grundlegend Stellung zu nehmen.

Nachhaltigkeit und Umweltschutz, dazu gehört auch der Klimaschutz, ist ein zutiefst konservatives Anliegen. Die CDU nennt das seit bereits Jahrzehnten in ihren Programmen auf allen Ebenen „Bewahrung der Schöpfung“. Ökologische Probleme des Fortschritts sind in den Unionsparteien lange Thema gewesen, bevor es eine Umweltbewegung gab. Erinnerung sei nur daran, dass die erste Umweltbehörde in Deutschland das Bayerische Umweltministerium war. Das war 1970 und Alfons Goppel war Bayerischer Ministerpräsident. Dieses Ministerium hatte keine Alibi-Funktion, sondern hat Standards im Umweltschutz gesetzt. Das bayerische Naturschutzgesetz von 1973 war das modernste Naturschutzrecht in Europa. Anfang der 1970er Jahre wurde die erste Bundestagsrede zum Thema Umwelt vom CDU-Abgeordneten Herbert Gruhl gehalten, der später die Grünen mitbegründete. Es gibt eine gemeinsame Ideengeschichte des bürgerlich-konservativen Lagers mit der ökologischen Bewegung, die übrigens weit in das 18. Jahrhundert zurückreicht. Natur- und Umweltschutz ist für uns immer auch Heimatschutz. Der Gegensatz zwischen der ökologischen Bewegung, die nicht zwingend links ist und dem bürgerlichen Lager, ist konstruiert und hat auch historisch keine Grundlage. Deshalb ist Umwelt-, Natur- und Klimaschutz auch für die bürgerlichen Parteien ein wichtiges Thema und nichts, was durch Symbolpolitik abgehandelt werden kann.

Im Lippstadt-Plan 4.0 hat sich die CDU Lippstadt zu einer wertorientierten Bewahrung von Traditionen und Lebensgrundlagen bekannt. Wir haben deutlich gemacht, dass Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz die Stadtentwicklung maßgeblich beeinflussen werden. Zugleich ist dieser Politikbereich ein wichtiger Baustein der Stadt der Zukunft. Mit unserem Wahlprogramm, das für uns Verpflichtung ist, haben wir deutlich gemacht, dass wir den politischen Anspruch haben, diese Veränderung aktiv mitgestalten zu wollen. Jetzt geht es darum, diesen Anspruch konkret umzusetzen und zunächst vor allem darum, die richtige Struktur für eine bewahrende, an einem Ausgleich von Ökologie und Ökonomie orientierte Politik zu finden, die die Stadtgesellschaft insgesamt mitnimmt und auf Miteinander und nicht auf Gegeneinander setzt.

Mit der Mehrheit des Rates hat die CDU-Fraktion in einem neu zu bildenden Fachausschuss für „Klima und Umwelt“ keine adäquate Lösung für ein stärkeres Gewicht des Umweltschutzes in der Stadtpolitik gesehen. Ein solcher Ausschuss hätte genau das getan, was die bisherigen Ausschüsse bereits geleistet haben. In der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates hieß es beim „Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss“ schon in der Vergangenheit, dass er über „Angelegenheiten des Umweltschutzes“ entscheidet und über „Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege“ berät. Bei jedem Bauvorhaben waren genau das wichtige Themen. Die Umbenennung des Ausschusses in „Ausschuss für Umwelt, Bau und Mobilität“ ist damit sehr viel mehr als Symbolpolitik. Die neue Benennung bildet die bereits bisher gelebte Realität besser ab. Der Verzicht auf einen neuen Fachausschuss vermeidet Doppelberatungen und Verzögerungen, schont die Stadtkasse, die Umbenennung macht aber zugleich deutlich, dass der Schwerpunkt neu gesetzt wird. Dafür braucht es auch keine „Berater“ aus Umwelt- und anderen Verbänden. Entscheidungen mit Relevanz für die Stadtgesellschaft treffen die gewählten Mitglieder des Rates, die sich bei Bedarf der Expertise von außen bedienen. Ein ständiger Sitz „mit beratender Stimme“ führt im Zweifel nicht zu mehr Sachverstand, sondern zu einer verzerrten Wahrnehmung von Gruppen in der Öffentlichkeit, die demokratisch nicht legitimiert sind.

Die CDU Lippstadt hat sich deutlich für die Bildung einer „Klima- und Umweltkommission“ ausgesprochen. Diese Kommission soll nach unserer Vorstellung ein – vergleichbar der Verkehrskommission – vom „Umwelt-, Bau- und Mobilitätsausschuss“ eingerichtetes Gremium sein, das sich aus den Vertretern der Ratsfraktionen zusammensetzt und die Mehrheitsverhältnisse widerspiegelt. Die „Klima- und Umweltkommission“ behandelt Fragen und Anträge zum Umwelt- und Klimaschutz und führt bei Bedarf Ortsbesichtigungen durch. Die Empfehlungen der Kommission werden anschließend dem Umwelt-, Bau und Mobilitätsausschuss zur Beschlussfassung zugeleitet. Ähnlich wie im Ausschuss kommen auch hier nicht demokratisch legitimierte beratende Mitglieder für uns nicht in Frage. Diskussionen, Erfahrungsaustausch und Vernetzung für diesen Bereich finden unter dem Dach der Stadt Lippstadt im Klimabündnis statt. Das Klimabündnis ist die Plattform, in der sich alle Lippstädterinnen und Lippstädter engagieren können, in dem neue Strategien, Projekte und Aktivitäten entwickelt werden können und sollen. Das Klimabündnis ist offen für alle. „Parlamentarische“ Gremien, die die durch Wahl ermittelten Mehrheitsverhältnisse in unserer Stadt widerspiegeln, können und dürfen das nicht sein.

Wir wollen weiter gute Umwelt- und Klimaschutzpolitik für unsere Stadt machen, Schöpfung bewahren, Lebengrundlagen erhalten. Dabei wollen wir das soziale und wirtschaftliche Leben in unserer Stadt nicht außer Acht lassen und Ökonomie und Ökologie vernünftig und sachlich miteinander in Einklang bringen. Mit den im Rat vertretenen Parteien und gemeinsam mit allen Bürgern unserer Stadt wollen wir die Stadt der Zukunft entwickeln, nicht als Lippenbekenntnis, sondern als Beitrag zum Erhalt der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen.